

**Niederschrift über die
32. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-
Saarburg am 07.11.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier
(Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:04** Uhr

Ende: **19:12** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Bernhard Busch ab 17:26 Uhr (TOP 4)

Herr Matthias Daleiden

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Herr Sascha Kohlmann bis 18:00 Uhr (TOP 7)

Herr Alfons Maximini

Frau Sabina Quijano Burchardt

Herr Lothar Rommelfanger

Vertretung für Herrn Wolfgang Schäfer

Frau Jutta Roth-Laudor

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Frau Simone Thiel

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels ab 17:26 Uhr (TOP 4)

Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt ab 17:26 Uhr (TOP 4)

Verwaltung

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 3 - Gebäudema-
nagement und Schulen (zu TOP 2 - TOP
4)

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Thomas Müller

Pressestelle

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Herr Detlef Schmitz

Leiter der Abteilung 8 - Sozialamt (zu
TOP 5)

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Schäfer

entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **K 77/ K 78, OD Mertesdorf; Auftragserhöhung und Genehmigung von Mehrkosten; Vorlage: 0327/2016/1**
2. **IGS Hermeskeil - Migration der Gebäudeleittechnik; Vorlage: 0316/2016/1**
3. **Fachklassenbildung Bauberufe im Kammerbezirk Trier; Benehmen des Schulträgers nach Schulgesetz; Vorlage: 0331/2016/1**
4. **Generalsanierung der Grund- und Realschule plus in Waldrach (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 26.10.2016); Vorlage: 0355/2016**
5. **Förderung der Suchtberatung; Vorlage: 0353/2016**
6. **Neustrukturierung des Verkehrsverbundes Region Trier - Kündigung der VRT GmbH -; Vorlage: 0322/2016**
7. **Auflösung der Gesamthandehüterschaft nach § 6 Abs. 2 AGTierNebG
Vorlage: 0341/2016**
8. **Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

1. K 77/ K 78, OD Mertesdorf; Auftragserhöhung und Genehmigung von Mehrkosten; Vorlage: 0327/2016/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

In der vergangenen Sitzung des Kreisausschusses im September habe er bereits auf die Verkehrssituation und den im großen Umfang aufkommenden Rückstau in Konz in der Wiltinger Straße durch die dortige entfernte Rechtsabbiegespur Ecke Wiltinger Straße/Niedermenniger Straße hingewiesen, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Er habe damals die Verwaltung darum gebeten, die Situation mit dem LBM zu klären. Bisher habe er von der Verwaltung noch keine Antwort erhalten.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** informiert, dass die Kreisverwaltung unmittelbar nach dem Hinweis beim LBM um Klärung gebeten habe. Seitens des LBM liege der Verwaltung nunmehr eine Beantwortung vor, die die Verwaltung dem Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) zur Verfügung stellen könne. Die Kernaussage des LBM sei, dass die beiden Fahrspuren zusammengeführt worden seien, da der Fußgängerüberweg im zweispurigen Bereich eine erhöhte Gefahrenquelle darstellte. Die Verlegung des Fußgängerüberweges, verbunden mit einem Umweg von ca. 50 Metern, werde von den Fußgängern nicht akzeptiert.

Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) erfragt im Bezug auf die Mehrkosten der Erneuerung der K 77/K 78 OD Mertesdorf, wie hoch die Kosten für die zusätzlichen Arbeiten im Einmündungsbereich Eitelsbach seien.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** sagt eine spätere Beantwortung dieser Rückfrage zu.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, der Auftragserhöhung an die bauausführende Firma Schnorpfeil, Trier, und den daraus resultierenden Mehrkosten für den Ausbau der K 77/K 78 in der OD Mertesdorf – wie im Sachverhalt der Vorlage dargestellt – und der Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 213.000,- € gemäß dem im Sachverhalt dargestellten Finanzierungsvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. **IGS Hermeskeil - Migration der Gebäudeleittechnik**
Vorlage: 0316/2016/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** geht auf die Vorlage der Verwaltung ein.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass es sicherlich wünschenswert sei, die Gebäudeleittechnik in der Verwaltung zu bündeln. Jedoch lassen die personellen Ressourcen dies nicht zu.

Der **Kreisausschuss** fasst daraufhin den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt - entsprechend der Empfehlung des Bauausschusses - den Auftrag in Höhe von 98.167,77 € zur Umstellung der Gebäudeleittechnik für die IGS Hermeskeil an die Firma Sauter-Cumulus, Saarlouis, zu vergeben.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt 3, Gebäudemanagement und Schulen, im Ergebnishaushalt bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. **Fachklassenbildung Bauberufe im Kammerbezirk Trier; Benehmen des Schulträgers nach Schulgesetz; Vorlage: 0331/2016/1**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** erklärt, dass ein besonderes Augenmerk auf die Standorte der Berufsbildenden Schulen gelegt werden müsse. Dies gelte auch für den Bildungsweg des Wirtschaftsgymnasiums in Saarburg.

Da aus Seiten des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss erklärt - entsprechend der Empfehlung des Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien - das Benehmen des Landkreises Trier-Saarburg zur mit Schreiben der von der ADD Trier vom 18. Juli 2016 vorgeschlagenen Fachklassenbildung Bauberufe im Kammerbezirk Trier.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. **Generalsanierung der Grund- und Realschule plus in Waldrach (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 26.10.2016)**
Vorlage: 0355/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. In diesem Zusammenhang informiert er, dass in der kommenden Woche ein Gespräch mit der ADD Trier wegen der Beurteilung und Beratung über die Schülerströme zum Schulstandort Schweich angesetzt sei.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) verweist ebenfalls auf den Inhalt der Vorlage der Verwaltung, in der die Sachdarstellung grundsätzlich beschreiben sei. Die CDU-Kreistagsfraktion habe eine Ortsbegehung und Gespräche mit der Schulleitung in Waldrach durchgeführt. Die Schulleitung sei sehr engagiert. Der bauliche Zustand des Schulgebäudes sei schlecht und in der Vergangenheit zu lange vernachlässigt worden.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) sieht ebenfalls eine Veranlassung zur dringenden Generalsanierung der Schule. Vorab sollte aber eine Abstimmung zwischen Kreisverwaltung und VG Ruwer über den Kostenanteil mit der VG Ruwer als Schulträger der Grundschule Waldrach erfolgen.

Außerdem müsse sicher gestellt sein, dass die Durchführung aller Schulprojekte durch die Verwaltung realistisch sei. Die Aufgaben im Schulbereich seien umfangreich und die anstehenden Planungen würden Personal binden und müssten genauestens durchgeführt werden. Die SPD-Kreistagsfraktion werde sich wegen den von ihr beschriebenen Unsicherheiten bzw. noch zu klärende Tatbestände der Entscheidung enthalten.

Landrat **Schartz** bestätigt, dass im Rahmen des Stellenplans unbedingt Möglichkeiten zur Personalaufstockung notwendig seien, um die Aufgabenstellung ordnungsgemäß zu erfüllen. Hintergrund des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion sei sicherlich eine Signalwirkung nach Waldrach und an die Schulleitung. Eine realistische Chance für die Umsetzung dieses Projektes sehe er in Verbindung mit einer Personalaufstockung im Rahmen des Stellenplans.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Schülerstatistik 2016/2017 der Ruwertalschule Waldrach, welche als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wird.

Nachfolgend erläutert der **Landrat** auf ihre Rückfrage hin die Daten.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) informiert Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass die Ausnahmegenehmigung aus siedlungsstrukturellen Gründen eine Schülerzahl von 180 Kindern vorschreibe. Wenn diese Schülerzahl unterschritten werde, müsse die Schule nach Vorgaben des Landes geschlossen werden.

Die Entwicklungen der Schülerzahlen und die Prognosen in Waldrach sei-

en deutlich besser als für die Realschule plus in Kell am See, für die die gleichen Vorgaben gelten, so der **Landrat**.

Abteilungsleiter **Etringer** bestätigt diese Aussage. Die Entwicklungen zeigten außerdem, dass viele Kinder aus Trier die Schule in Waldrach besuchen würden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, seinen Beschluss vom 15.06.2015, die Generalsanierung der Grund- und Realschule plus in Waldrach umgehend in Angriff zu nehmen, zu erneuern.

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Generalsanierung der Schule notwendigen Schritte mit der Verbandsgemeinde Ruwer - als Schulkostenträger der Grundschule – abzustimmen und dem Kreistag einen Beschlussvorschlag für die erforderlichen Planungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 4 Enthaltungen

5. Förderung der Suchtberatung; Vorlage: 0353/2016

Protokoll:

Der **Landrat** geht auf die Vorlage der Verwaltung ein. Auf Seite 1 der Vorlage sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgedruckt, welcher in der letzten Sitzung des Sozialausschusses mehrheitlich abgelehnt worden sei. Der Sozialausschuss habe daraufhin den Beschlussvorschlag in geänderter Version gefasst und dem Kreisausschuss eine anderweitige Empfehlung ausgesprochen. Der Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit sei auf Seite 8 der Vorlage beschrieben. Die Verwaltung wolle dem Kreisausschuss die Gelegenheit geben, über den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses und den Beschlussvorschlag der Verwaltung nochmals zu beraten.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) erklärt, dass der maßgebliche Beschluss der Empfehlungsbeschluss des Fachausschusses sei. Dieser sollte eigentlich auf der ersten Seite der Vorlage als Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss ersichtlich sein.

Nachfolgend schildert er, dass die Suchtberatung „Die Tür“ in der Vergangenheit anfänglich einen Kreiszuschuss von 40.000 Euro bekommen habe. Auf einen Antrag der Suchtberatung hin, sei diese Zuwendung auf 43.000 Euro erhöht worden. Diese Erhöhung sei von politischer Seite aus mitgetragen worden. Die Suchtberatung „Die Tür“ habe in den vergangenen beiden Jahren jeweils Erhöhungsanträge für einen Zuschuss von 50.000 Euro gestellt. Diese Erhöhungen seien abgelehnt worden. Daraufhin habe die Beratungsstelle ihre Sprechstunden in Schweich und Saarburg im laufenden Kalenderjahr gestrichen, obwohl weiterhin die Zuwendung in Höhe von 43.000 Euro/Jahr durch den Kreis gezahlt worden sei. Hier wäre zu überlegen, diese Förderung wegen der Einschränkung des Angebotes teilweise zurückzufordern.

In 2016 sei nunmehr durch die Suchtberatungsstelle mitgeteilt worden, dass eine Förderung in Höhe von 50.000 Euro jährlich ohne die Angebote in Saarburg und Schweich gefordert werde. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit habe sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Förderung von ursprünglich 43.000 Euro auf 50.000 Euro einschließlich der Angebote in Schweich und Saarburg zu erhöhen.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** informiert, dass erstmals im Jahr 2008 ein Beschluss gefasst worden sei, der Suchtberatung „Die Tür“ eine Förderung in Höhe von 43.000 Euro zu gewähren. In dieser Förderung seien die Sprechstundenangebote in Schweich und Saarburg nicht eingeschlossen gewesen. Diese Beratungen würden erst ab ca. 2013 bestehen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bedankt sich ausdrücklich für die Richtigstellung bei ihrem Vorredner. Weitergehend bezieht sie sich auf die Vorlage der Verwaltung in der eindeutig dargestellt sei, dass die Angebote und Aufgabenbereiche der Träger strukturiert und abgegrenzt worden seien. Außerdem sei ersichtlich, wie hoch die Förderungen der anderen Landkreise im Bereich der Suchtberatung seien. Die Kosten der Suchtberatung „Die Tür“ seien in sachlicher und finanzieller Hinsicht nachvollziehbar und eine Erhöhung der Förderung auf 50.000 Euro sei insofern begründet. Unter Berücksichtigung der Fortschreibung des bisherigen Pauschalbetrages um den seitdem gestiegenen Tariflohn müsse sogar eine Erhöhung auf 53.000 Euro vorgenommen werden. Der Kreisausschuss entscheide über einen, im Vergleich zu anderen Ausgaben des Landkreises, relativ überschaubaren Förderbetrag. Die Verwaltung habe dementsprechend einen Beschlussvorschlag mit einer Erhöhung der Fördersumme auf 50.000 Euro vorgesehen. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit habe sich in seiner Sitzung für eine Änderung des Beschlussvorschlages und entgegen einer Erhöhung der Fördersumme, so wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen, ausgesprochen. Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt aber, dass diese Beschlussfassung nicht einheitlich, sondern lediglich mehrheitlich ergangen sei.

Im vergangenen Jahr seien im Rahmen der Beratung von Förderanträgen Diskussion über die Inhalte der Beratungsangebote der Träger sowie deren Abgrenzung aufgekommen. Die Verwaltung sei seitens der Kreisgremien beauftragt worden, Gespräche mit den Trägern zu führen und Vereinbarungen zu schließen. Der Antrag auf Erhöhung der Zuwendung der Beratungsstelle „Die Tür“ sei in 2015 abgelehnt worden und der bisherige Förderbetrag sei gezahlt worden. Wegen fehlender Mittel sei die Suchtberatung gezwungen gewesen, die Sprechstunden in den Verbandsgemeinden Schweich und Saarburg zu beenden. Nicht nachzuvollziehen sei der Vorschlag des Kreisausschussmitgliedes Kohlmann (CDU) nun auch noch die Mittel für das vergangene Jahr zurückzufordern. Abschließend bittet sie den Kreisausschuss um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung für eine Erhöhung der Kreisförderung.

Zur Klarstellung stellt Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90 /Die Grünen) dar, dass sie im vergangenen Jahr der Beibehaltung des Zuschusses in Höhe von 43.000 Euro nur zugestimmt habe, da eine beab-

sichtigte Neuverhandlung und Klärung der Abgrenzung der Inhalte und separate Beratung im Raum gestanden habe. Wichtig sei, dass keine Doppelstrukturen bestehen würden. Im Hinblick auf eine Gleichbehandlung der Träger verweist sie auf die Förderung an die Caritas, zu deren Förderhöhe kein Widerspruch seitens der CDU erfolge. Die Suchtberatung „Die Tür“ mache eine gute Arbeit und den Menschen müsse eine Möglichkeit der Auswahl von verschiedenen Angeboten und mehreren Trägern, auch kirchlicher und nichtkirchlicher Natur, geboten werden. In Krisenfällen sei es wichtig, dass die Menschen sich gut aufgehoben fühlen. Sie spreche sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) besteht darauf, dass die CDU-Kreistagsfraktion eine Gleichbehandlung der Träger praktiziere und kritisiert erneut die Streichung eines Angebotes im laufenden Kalenderjahr.

Die CDU stehe für Trägervielfalt, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Ärgerlich sei, wie die Verwaltung mit einer Beschlussfassung eines Fachgremiums umgehe.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) drückt sein Unverständnis zu der aktuellen Diskussion aus. Die Präventionsberatung sei sehr wichtig und müsste stärker angeboten und gefördert werden. Vor allen Dingen sei der einfache Erwerb von Drogen durch das Internet scharf zu verurteilen.

Fraktionsvorsitzender **Daleiden** (FWG) spricht sich für eine Beschlussfassung über den Empfehlungsbeschluss des Fachausschusses aus. Wenn Bedarf bestehe, könne über weitere Mittel erneut beraten werden.

Seit 2008 würden 43.000 Euro als Zuschuss des Kreises gezahlt werden, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Seit dem habe es keine Erhöhung gegeben. Dies sei vor dem Hintergrund, dass in anderen Bereichen weitaus mehr Zuschüsse und Gelder des Kreises zur Verfügung gestellt werden, nicht nachzuvollziehen. Der Kreisausschuss könne unbenommen einer anderen Empfehlung folgen und eigenständig beschließen.

Die Kreisgremien haben immer auf Empfehlungen der Fachausschüsse Wert gelegt, so der **Landrat**. Dies sei der ausdrückliche Wunsch des Kreistages gewesen. Deshalb schlage er vor, dass der Kreisausschuss zuerst über den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses abstimme.

Die **Anwesenden** gehen nochmals auf die Beschlussfassung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit ein.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Suchtberatungsstelle „Die Tür“ eine Kreiszuwendung in Höhe von 50.000,00 EUR unter der Voraussetzung zu bewilligen, dass das bisherige Angebot, einschließlich der Sprechstunden in den Verbandsgemeinden Saarburg und Schweich, fortgeführt wird. Ohne Aufrechterhaltung dieses Angebotes soll es bei der bisherigen Förderung von

43.000,00 EUR verbleiben.

Weiter beschließt der Ausschuss für Soziales und Gesundheit dem Kreis-ausschuss zu empfehlen dem Caritasverband Trier-Saarburg eine Kreis-zuwendung in Höhe von 14.000,00 EUR zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen

6. Neustrukturierung des Verkehrsverbundes Region Trier - Kündigung der VRT GmbH -; Vorlage: 0322/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Er fasst sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt, dem Kreistag der Kündigung des Koopera-tions- und Dienstleistungsvertrages für den Verkehrsverbund Region Trier und der Kündigung des Gesellschaftervertrages der Verkehrsverbund Trier GmbH (VRT GmbH) durch den ZV VRT zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Auflösung der Gesamthandigentümerschaft nach § 6 Abs. 2 AG-TierNebG; Vorlage: 0341/2016

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage und geht auf den Sachverhalt ein.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** erklärt auf Rückfrage des Ersten Kreisbeigeordneten **Schmitt** (CDU), dass der Altlastenzweckverband bereits durch bestehende Beschlüsse der kreisfreien Städte und Landkreise mit der Verwaltung des Vermögens beauftragt worden sei. Zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit müsse eine Übertragung der Immobilien erfolgen. Die Landkreise und kreisfreien Städte seien ohnehin Mitglieder in diesem Zweckverband.

Der Erste Kreisbeigeordneten **Schmitt** (CDU) argumentiert, dass es möglich sei, dass auf den Altlastenzweckverband noch nicht unerheblich hohe Kosten zukommen würden. Hier sei Vorsicht geboten und das Land Rheinland-Pfalz dürfe nicht aus der Verantwortung herausgezogen werden.

Landrat **Schartz** gibt zu bedenken, dass es im Sinne der Landkreise und

kreisfreien Städte sein solle, Strukturen zur Handlungsfähigkeit zu schaffen.

Bereits existierende Probleme seien in diesem Schritt nicht änderbar, so Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**. Benötigt werde aber eine Handhabung durch eine Struktur, begründet auf der Zusammenfassung von mehreren Eigentümern, um so schnelle Entscheidungen treffen zu können. An den haftungsrechtlichen und finanziellen Konsequenzen werde sich nichts ändern.

Das Land sei weder im Gesamthand Eigentum, noch im Altlastenzweckverband ein Mitglied, so der **Vorsitzende**. Letztlich werde in der heutigen Beschlussfassung nur die Frage des weiteren Konstrukts geklärt.

Nachfolgend fasst der **Kreisausschuss** den untenstehenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen,

das Gesamthand Eigentum an den in § 6 Abs. 2 Landesgesetz zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014 (GVBl. S. 191-7831.1) näher bezeichneten Grundstücken aufzulösen.

das Eigentum an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG näher bezeichneten Grundstücken auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte kostenfrei zu übertragen.

dass der Kreistag vorbehaltlich einer Einigung des Altlastenzweckverbandes mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften des Saarlandes über eine Mitgliedschaft im Altlastenzweckverband und deren Aufnahme zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Schartz)
Landrat

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin